



Finanzbericht

Bericht zu Tagesordnungspunkt 3
der 10. Tagung der 12. Landessynode
vom 24. Bis 27. November 2014

von Vizepräsident Dr. Volker Knöppel

1.	Vorbemerkung	1
2.	Überblick über die Wirtschafts- und Konjunkturlage	1
3.	Überblick über die Kirchensteuern	4
3.1	Kirchensteueraufkommen 2013/2014 und Kirchensteuerschätzung 2015	4
3.2	Kirchensteuer auf Kapitalerträge	5
3.3	Kirchenlohnsteuer-Verrechnungsverfahren (Clearing)	5
3.4	Kirchensteuerverwahr	5
4.	Versorgung	6
5.	Geldanlagen - Vermögen	8
6.	Schlussbetrachtung	9

Sehr geehrter Herr Präses,

verehrte Synodale!

5 1. Vorbemerkung

Es ist heute bereits das zehnte Mal, dass ich der Landessynode gemäß Artikel 103 der Grundordnung einen Bericht über die Finanzlage der Landeskirche erstatte.

In dieser Herbstsynode wird Ihnen die geprüfte Eröffnungsbilanz unserer Landeskirche zum 31. Dezember 2011 vorgelegt, so wie ich es Ihnen bei der Vorstellung des Entwurfs in der
10 letzten Frühjahrstagung bereits angekündigt habe. Im nächsten Jahr ist geplant, Ihnen in einer sogenannten Zeitraumbilanz die Jahresabschlüsse für 2012 und 2013 und möglichst auch für 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen. Wir verfolgen dabei das Ziel, dass die 12. Landessynode - soweit möglich - noch über die Jahresabschlüsse für die in ihre Legislaturperiode fallenden Rechnungsjahre entscheidet.

15 Zunächst möchte ich Ihnen einen aktuellen Überblick über die Wirtschafts- und Konjunkturlage in Deutschland und der Welt geben, dann die haushaltspolitische Entwicklung einiger kirchlicher Kernbereiche aufzeigen und mich dabei schwerpunktmäßig den Themen Versorgung und Finanzanlagen widmen.

20 2. Überblick über die Wirtschafts- und Konjunkturlage

Während ich im letzten Bericht noch von einem prognostizierten Wachstum der Weltwirtschaft von 3,8 % für 2014 ausgehen konnte, wurde die Prognose inzwischen gesenkt. So rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) nur noch mit einem Wachstum von 3,3 % für 2014, im April war er noch von einem Wachstum von 3,7 % ausgegangen. Für
25 das Jahr 2015 prognostiziert der IWF ein Wachstum von 3,8 %.¹ Veränderungen in der politischen Legitimation von Regierungen haben häufig massive Auswirkungen auf wirtschaftliche Entwicklungen. So führte bspw. der „Arabische Frühling“ zu politischer Instabilität in Nordafrika und einbrechendem Wirtschaftswachstum. Das Weltwirtschaftswachstum geht 2014 zurück, geopolitische Krisen nehmen zu, wie
30 beispielsweise der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland um die Ostukraine und der Terror des Islamischen Staates in Syrien und im Irak. Auch die Ebola-Epidemie in Afrika ist

¹ www.zeit.de/wirtschaft/2014-10/iwf-deutschland-wachstum-prognose

nicht nur eine menschliche Tragödie, sie hat Auswirkungen auf das weltweite Wirtschaftswachstum.

5 Für die Eurozone erwartet der IWF ein geringeres Wachstum von 0,8 % für 2014 und von 1,3 % für 2015. Gleichzeitig warnt er vor der Gefahr einer Rezession in Europa und fordert weitere Konjunkturlösungen und mehr staatliche Investitionen.² Dies ist umstritten, da die Staatsschulden der Krisenländer bereits sehr hoch sind und Konjunkturprogramme oder Staatsinvestitionen die Schuldenberge weiter anwachsen lassen.

10 Bundesfinanzminister Dr. Schäuble steht den Vorschlägen des IWF für Deutschland grundsätzlich offen gegenüber, möchte aber den Schwerpunkt stärker auf private Investitionen legen. Um den seit vier Jahrzehnten erstmals ohne Neuverschuldung vorgelegten Bundeshaushalt nicht zu gefährden, will er bei den Konsumausgaben sparen. Kurzfristig lasse sich dies, nach seinem Dafürhalten, allerdings kaum umsetzen. Im
15 Nachbarland Frankreich, der zweitgrößten Volkswirtschaft im Euroraum, verschlechtert sich die Lage zusehends. Dort hat die Wettbewerbsfähigkeit weiter nachgelassen und die Arbeitslosenquote wird nach Voraussagen der EU-Kommission in diesem Jahr mit 10,4 % einen neuen Höchststand erreichen.³ Die größte Sorge ist jedoch, dass innerhalb der EU offenbar keine Verständigung darüber besteht, mit welchem Konzept die Krise anzugehen
20 ist.

Die Europäische Zentralbank (EZB) versucht mit fiskalpolitischen Maßnahmen eine Besserung der Situation im Euroraum zu flankieren. So hat sie den Leitzins auf das historische Tief von 0,05 % gesenkt,⁴ um damit die Refinanzierungskosten, insbesondere
25 der hochverschuldeten Euroländer, zu senken und Kredite für Unternehmen zu verbilligen. Einen weiteren Anreiz für die Vergabe von Krediten an Unternehmen bietet die EZB mit der Erhebung von Strafzinsen für Gelder, die die Geschäftsbanken bei ihr „parken“. Trotz der Niedrigzinspolitik der EZB steigt die Kreditvergabe an die Unternehmen in den Krisenländern jedoch kaum, da für die Banken das Risiko von Kreditausfällen überwiegt.
30 Die Maßnahmen der EZB schwächen den Euro, was aber durchaus gewollt ist. Verbessert ein schwacher Euro doch die Exportfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

Für Deutschland haben sich die Konjunkturaussichten eingetrübt. Dies kommt nicht aus heiterem Himmel, denn die Auftragseingänge der Industrie sind bereits seit Monaten
35 rückläufig. Die Konjunkturentwicklung im Euroraum und die aufgrund der Ukraine-Krise

² HNA vom 10.10.2014

³ www.handelsblatt.com/politik/international vom 15.10.2014

⁴ HNA vom 09.10.2014

gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen führen zu einem Rückgang der Exporte. Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Herbstgutachten die Prognosen deutlich gesenkt. Sie gehen nun von einem Wachstum von 1,3 % in diesem Jahr und von 1,2 % im kommenden Jahr aus. Dies entspräche dann einem für deutsche Verhältnisse durchschnittlichem Wirtschaftswachstum. Vor einem halben Jahr hatten die Institute noch 1,9 % Wirtschaftswachstum für 2014 und 2,0 % für das nächste Jahr prognostiziert.⁵ Die Bundesregierung hat die Wachstumsprognose ebenfalls nach unten korrigiert: Für 2014 geht sie nur noch von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 % aus, statt 1,8 % im Frühjahr. 2015 soll die Wirtschaftsleistung nur um 1,3 %, statt der bisher erwarteten 2,0 % ansteigen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel sieht die „Wachstumsdelle“ nicht als Krise und wehrt sich gegen „das Hineinreden in eine Rezessionsstimmung“.⁶

Die sich verschlechternden Konjunkturdaten verschrecken zunehmend auch die Investoren. Noch im Juni 2014 war der Deutsche Aktienindex (Dax) erstmals in seiner Geschichte über 10.000 Punkte gesprungen. Einige Börsianer träumten schon von einem Durchmarsch auf 11.000 Punkte - und das mitten in einer weiter schwelenden Euro-Krise. Anfang Oktober 2014 sackte der Dax unter die psychologisch wichtige Marke von 9.000 Punkten.⁷ Mitte Oktober setzte er seine Talfahrt fort und fiel zeitweise unter 8.400 Punkte. Die Angst vor einem wirtschaftlichen Abschwung und einer Spirale fallender Preise sowie rückläufiger Investitionen ließ Anleger scharenweise ihre Aktien verkaufen.⁸ Inzwischen hat sich der Dax wieder erholt und die Marke von 9.000 Punkten erneut überschritten. Die hohe Volatilität der Märkte wird uns sicher noch für längere Zeit begleiten.

Die Arbeitslosenquote hat sich in Deutschland von 6,5 % im Oktober 2013 auf 6,3 % im Oktober 2014 verringert und ist damit auf den niedrigsten Stand seit fast drei Jahren gesunken; in der Euro-Zone ist sie nur noch in Österreich niedriger. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in Deutschland innerhalb eines Jahres von August 2013 bis August 2014 um rund 480.000 gestiegen.⁹

30

⁵ HNA vom 10.10.2014

⁶ Handelsblatt vom 15.10.2014

⁷ Handelsblatt vom 09.10.2014

⁸ HNA vom 17.10.2014

⁹ www.statistik.arbeitsagentur.de - Veröffentlichung der Bundesagentur für Arbeit „Arbeitsmarkt im Überblick“

3. Überblick über die Kirchensteuern

3.1 Kirchensteueraufkommen 2013/2014 und Kirchensteuerschätzung 2015

5 Trotz dieser etwas trübere[n] Wirtschaftsaussichten und der Sorge vor einer Rezession ist die aktuelle Steuerentwicklung noch gut. Derzeit sprudeln die Steuerquellen in Bund und Ländern, auch bei den Kirchen.

Das Kirchensteueraufkommen aller Gliedkirchen der EKD belief sich im Jahr 2013 auf
10 rd. 4,84 Mrd. €, gegenüber 2012 ist das eine Steigerung um 4,7 %. 2013 lag unsere Landeskirche mit einem Pro-Kopf-Aufkommen von 178,12 € auf Rang 13 der 20 Landeskirchen und 2012 mit einem Pro-Kopf-Aufkommen von 163,04 € auf Rang 14 von 22 Landeskirchen. Nachdem die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau viele Jahre diese Rangliste anführte, hat 2013 die Evangelische Landeskirche in Württemberg mit 264,54 €
15 das höchste Pro-Kopf-Aufkommen.

Gegenüber dem Jahr 2012 erhöhte sich die Kircheneinkommensteuer der EKKW in 2013 um 6,9 % auf rd. 28,7 Mio. €. Für die ersten zehn Monate des Jahres 2014 ist ein Rückgang um 1,7 % zu verzeichnen. Bei der Kirchenlohnsteuer erhöhte sich das Aufkommen 2013 um
20 6,2 %, das heißt von 128,2 Mio. € auf 136,2 Mio. €. Im Jahr 2014 setzt sich diese positive Entwicklung fort, im Zeitraum bis Ende Oktober ist das Kirchenlohnsteueraufkommen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,1 % angestiegen.

Insgesamt ergibt sich somit für 2013 eine Steigerung der Kirchensteuereinnahmen um 6,3 %
25 gegenüber 2012. Für das Jahr 2014 ist mit einer Kirchensteuersteigerung von unter 4 % im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen. Diese wird aber ausschließlich von der Kirchenlohnsteuer getragen, da wir bei der Kircheneinkommensteuer eine vom bundesweiten Trend abweichende Entwicklung haben und zurzeit immer noch ein leichtes Minus im Vergleich zu 2013 ausweisen. Aufgrund aktueller Schätzungen ist von einer
30 ähnlichen Entwicklung auch für 2015 auszugehen.

Auf diesem Wege möchte ich allen Gemeindegliedern für die Entrichtung der Kirchensteuer und anderer Zuwendungen herzlich danken und damit für die Treue zu ihrer Landeskirche.

35 Die Kirchensteuereinnahmen verschaffen unserer Landeskirche die finanzielle Grundlage für die Erfüllung unseres Auftrags.

3.2 Kirchensteuer auf Kapitalerträge

Das Aufkommen der Kirchensteuer auf Kapitalerträge belief sich im Jahr 2013 auf etwa 1,85 Mio. €, das ist eine Steigerung von knapp 2 % gegenüber dem Vorjahr.

5

Ab 2015 wird das Verfahren zur Erhebung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge geändert. Diese Steuer wurde bisher direkt an die EKD weitergeleitet und von dort auf Grundlage eines Umlageschlüssels an die Landeskirchen verteilt. Mithilfe des sogenannten „trennscharfen Religionsmarkers“ wird künftig jede Landeskirche anstelle der

10 pauschalierten Verteilung die Kirchensteuer auf die Kapitalerträge ihrer Mitglieder direkt erhalten. Wie sich dies auf das Aufkommen unserer Landeskirche auswirken wird, ist noch nicht absehbar.

15 3.3 Kirchenlohnsteuer-Verrechnungsverfahren (Clearing)

Da unsere Landeskirche im Clearing-Verfahren seit 2009 bekanntlich zu den sogenannten Geberkirchen gehört, sind erhebliche Vorauszahlungen an die EKD zu leisten: Im Rechnungsjahr 2013 rd. 3,6 Mio. €, in 2014 etwa 4,9 Mio. €. Aufgrund von Verzögerungen wurde das Steuerjahr 2009 im Clearing-Verfahren erst in 2014 mit einer Rückforderung von 20 4,3 Mio. € abgerechnet. Voraussichtlich wird in diesem Jahr auch die Abrechnung für 2010 erfolgen, wo ebenfalls mit einer hohen Rückforderung zu rechnen ist.

Auch für die kommenden Jahre werden wir weitere Rückzahlungen leisten müssen. An der 25 Clearing-Rückstellung in Höhe von derzeit 20 Mio. € sollte daher mittelfristig festgehalten werden.

3.4 Kirchensteuerverwahr

30

Im Kirchensteuerverwahr werden alle Kirchensteuereinnahmen und -ausgaben abgebildet. Im Jahr 2012 schloss der Verwahr mit einem Bestand in Höhe von 113 Mio. € ab. Zum Ende des Jahres 2013 konnte eine Steigerung auf beinahe 117 Mio. € erreicht werden. Im Jahr 2013 waren somit 58,13 % des Volumens des ordentlichen landeskirchlichen Haushalts (landeskirchlicher und gemeindlicher Teil) im Steuerverwahr vorhanden, im Vorjahr waren 35 es 56,4 %. Die vorgegebene Mindestquote von 40 % ist damit erfüllt, aber von der

angestrebten Obergrenze von 75 % sind wir noch deutlich entfernt. Weitere Zuführungen sind auch in den nächsten Jahren erforderlich.

4. Versorgung

- 5 In der Eröffnungsbilanz weisen wir auf der Passivseite bei den Rückstellungen eine Versorgungslücke in Höhe von 194 Mio. € aus; wir wenden hier das Nettoprinzip an.¹⁰

Bei der Bildung der Versorgungsrückstellungen (Bezüge und Beihilfen) wurde das versicherungsmathematische Gutachten für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen der Firma Heubeck AG vom 28. Dezember 2012 zum Stichtag 31. Dezember 2010 zugrunde gelegt. In der Eröffnungsbilanz und in allen Folgejahren gehen wir von einem vorsichtigen Szenario (Rechnungszins 3,5 %) und einem Gesamtversorgungsaufwand von

662,2 Mio. €

aus.

- 15 Zieht man hiervon die Versorgungsabsicherung bei der Kirchlichen Pensionskasse VVaG (VERKA) und der Evangelischen Ruhegehaltskasse (ERK) in Höhe von insgesamt 468,2 Mio. € ab, ergibt sich die in der Bilanz ausgewiesene Versorgungslücke in Höhe von 194,0 Mio. €. Darin ist der in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen stehende aktive Personalbestand einbezogen, dazu die Bezieher von Ruhegehalt sowie deren Hinterbliebene.

Das bedeutet, dass wir für eine vollständige Absicherung dieser Versorgungslücke langfristig anstreben müssen, für die VERKA zusätzlich 114 Mio. € und für die ERK zusätzlich 80 Mio. € aufzubringen.

- 25 Bei der VERKA ist die strategische Neuausrichtung von der Vertreterversammlung am 5. November 2014 in Kassel nunmehr zum Abschluss gebracht worden. Es steht jetzt noch die Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) aus. Danach wird die VERKA als kleiner Konzern zukünftig unter ihrem Dach verschiedene Leistungen anbieten: Über die VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG die „Vorsorgeverwaltung und Kapitalanlage“ und über die VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG das „Versicherungsgeschäft“.

- 35 Unsere Kirche wird sich zusammen mit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, der Evangelischen Kirche der Pfalz, der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland und Bayern, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Evangelisch-

¹⁰ Zustimmungsbeschluss des Landeskirchenamtes vom 16. September 2014 zur Nettodarstellung

methodistischen Kirche in Frankfurt und Berlin in der VERKA VK in der Vorsorgeverwaltung engagieren.

5 Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers verbleibt ebenfalls in der VERKA VK und wird für den kirchlichen und den diakonischen Bereich zunächst die Vorsorgeverwaltung in Anspruch nehmen, aber sukzessive das Anlagegeschäft ausbauen. Auch weitere Landeskirchen beabsichtigen, sich in das Anlagegeschäft einzubringen.

10 In die VERKA PK werden insbesondere die östlichen Gliedkirchen, der Bund Deutscher Gemeinschafts-Diakonissenhäuser, der Sammelverband und weitere nichtkirchliche Versicherungsnehmer aufgenommen.

15 Im Vorgriff auf diese Neuausrichtung haben wir bereits im Nachtragshaushalt 2013 einen Betrag von 40 Mio. € für die weitere Verbesserung der Versorgungsabsicherung eingestellt und werden diesen wahrscheinlich noch in diesem Jahr an die VERKA abführen. Diese Neuausrichtung der VERKA mit einer niedrigen Verzinsungsgarantie von 1,25 % und einer „schlankeren“ Verwaltung mit demzufolge niedrigeren Kosten wird dazu führen, dass der von der VERKA erwartete Kostendeckungsbeitrag für die Refinanzierung unserer Versorgungslasten langfristig gesichert ist.

20 Die ERK hat Mitte dieses Jahres eine Prognose über die Entwicklung der Beiträge von Kassenleistungen für die Jahre 2015 bis 2018 vorgelegt. Nach dieser Prognose werden sich die laufenden Beitragsanforderungen von 2016 bis 2018 um gut 25 % erhöhen, danach wird der Steigerungsfaktor wieder deutlich zurückgehen. Diesem Umstand werden wir in den folgenden Doppelhaushaltsplänen Rechnung tragen. Dagegen werden sich die Kassenleistungen in
25 wesentlich geringerem Umfang erhöhen. Es ist auch zukünftig nur mit einer moderaten Erhöhung der Leistungen der ERK zu rechnen. Die Beitragserhöhung und gleichzeitige moderate Leistungseinschränkung ist Folge einer Asset-Liability-Studie, die die ERK durchführen lassen hat. Sie zeigt auf, inwieweit die zu erwartenden Einnahmen für die Abdeckung der eingegangenen Verpflichtungen ausreichen. Der seit Jahren niedrige Rechnungszins, der sich wahrscheinlich
30 auch in naher Zukunft nicht wirklich erholen wird und die gestiegene Lebenserwartung haben dazu beigetragen, dass die ERK das Verhältnis zwischen den Kostendeckungsbeiträgen durch die Kirchen und den damit eingegangenen Verpflichtungen für die Versorgungsempfänger und ihre Hinterbliebenen neu austarieren muss.

35 Zudem soll die Absicherung der Beihilfeleistungen durch die ERK erfolgen. Die Mittel dazu wurden bereits im Rahmen des Nachtragshaushalts 2013 bereitgestellt. Auch zukünftige Kirchensteuermehreinnahmen sollten zur Absicherung der direkten und indirekten

Versorgungsaufwendungen eingesetzt werden. Mit dieser Versorgungsstrategie wollen wir sicherstellen, dass die Versorgungslücke nicht weiter wächst, sondern langsam aber stetig, spätestens bis zum Jahr 2030 (Höhepunkt der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge), abgebaut werden kann. Künftige Generationen sollten nicht mit den Kosten der Vergangenheit
5 belastet werden. Das ist ein ambitioniertes Ziel, jedoch finanziell durchaus erreichbar; das möchte ich als generationengerecht bezeichnen.

5. Geldanlagen - Vermögen

Auch hier beziehe ich mich auf die Bilanz, auf die Aktiva. Dort sind die Finanzanlagen des
10 Vermögensgrundstocks, der finanzierten Rücklagen und der Rückstellungen mit einem Gesamtvolumen von knapp 315 Mio. € ausgewiesen. Im Anhang zur landeskirchlichen Eröffnungsbilanz haben wir erläutert, in welchem Umfang wir in Wertpapiere, Anlagefonds, Sparkonten und Genussrechte investiert haben. Hier ist hervorzuheben, dass wir für alle Wertpapiere eine 100 %ige Rückzahlung zum Laufzeitende erwarten und sie deshalb mit dem
15 Nominalwert angesetzt haben. Hier verfolgt die Landeskirche in ihrer Anlagepolitik die sogenannte Hold-Strategie, wonach die Wertpapiere grundsätzlich bis zum Ende der Laufzeit gehalten werden.

Bei den Anlagefonds, den Sparkonten und den Genussrechten sind grundsätzlich die
20 Erwerbswerte nach den Saldenbestätigungen unserer Hausbank, der Evangelischen Kreditgenossenschaft (EKK), zum 31. Dezember 2011 angesetzt worden. Vorhandene stille Reserven wurden nicht berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz wurden die Finanzanlagen noch einmal vom
25 Rechnungsprüfungsamt, vom Kleinen Prüfungsausschuss und anschließend vom gesamten Finanzausschuss kritisch unter die Lupe genommen. Es wurde festgestellt, dass die Landeskirche eine transparente und nachvollziehbare Finanzanlagepolitik betreibt.

Um dies auch langfristig und auf allen kirchlichen Ebenen sicherzustellen, sind die seit
30 1. April 2009 für die Anlage von Kapitalvermögen maßgeblichen Bestimmungen nach dem Vermögensaufsichtsgesetz, nämlich die Ausführungsbestimmungen und die Anlagerichtlinien¹¹, in einem intensiven Dialog mit unserer Hausbank und mit den für die Bewirtschaftung unseres Vermögens zuständigen Gremien überprüft und beraten worden. Dabei waren die seit Jahren volatilen Verhältnisse des Finanzmarktes, die stetig fallenden Zinsen und die Verankerung von

¹¹ Leitfaden für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelische Kirche (EKD-Texte Nr. 113, zweite aktualisierte Auflage vom Mai 2013)

Nachhaltigkeitskriterien für unsere Anlagen diskussionsbestimmend. In den seit Mitte dieses Monats verabschiedeten neuen Bestimmungen wurden diese Herausforderungen aufgenommen und eine noch größere Transparenz für das Anlagegeschäft gegenüber den verantwortlichen Gremien und der kirchlichen Öffentlichkeit geschaffen. Selbstverständlich stehen auch diese
5 Anlagerichtlinien unter dem Motto, dass Sicherheit vor Rendite geht und dass kirchliche Gelder nicht für Spekulationen jeglicher Art auf den Finanzmärkten zur Verfügung stehen.

Deshalb ist unsere Maxime weiterhin, dass wir für alle angelegten Gelder mindestens die Inflationsrate erwirtschaften müssen, damit kein Werteverzehr einsetzt und dass diese Mittel so
10 verzinst werden, dass ihre Erträge einen Beitrag zur Finanzierung unserer kirchlichen Arbeit leisten.

In einem gemeinsamen Workshop der Landeskirche mit der Evangelischen Bank werden am 20. November 2014 diese neuen Regelungen und ein Praxisleitfaden vorgestellt. Dazu sollen alle
15 mit dem Anlagegeschäft sowie deren Überwachung und Prüfung beschäftigten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter eingeladen werden. Dort wird man auf die Möglichkeiten und Restriktionen der Anlagerichtlinien eingehen, auch auf alle Fragen ihrer praktischen Umsetzung in der täglichen Arbeit vor Ort.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass sich die EKK zur Mitte dieses Jahres mit der Evangelischen Darlehensgenossenschaft in Kiel zusammengeschlossen hat. Sie firmiert jetzt unter „Evangelische Bank“ und hat ihren Hauptsitz in Kassel. Durch den Zusammenschluss ist sie die größte evangelische Kirchenbank in Deutschland geworden. Sie ist als unsere „Hausbank“ ein
20 verlässlicher Geschäftspartner der Finanzverantwortlichen unserer Landeskirche.

25

6. Schlussbetrachtung

Mit diesem Finanzbericht habe ich Ihnen, ausgehend von der geprüften Eröffnungsbilanz der Landeskirche zum 31. Dezember 2011, die zwei Kernthemen unserer Bilanz, die
30 Finanzanlagen auf der Aktivseite sowie die Versorgungsrückstellung auf der Passivseite, vorgestellt.

Um Wiederholungen gegenüber früheren Finanzberichten zu vermeiden, habe ich Themen wie Freiwilliges Kirchgeld oder Überlegungen zu Strukturveränderungen in diesem Finanzbericht bewusst nicht angesprochen. Die Arbeit des Begleitausschusses und die Zeitschiene bis zur Neukonstituierung der Landessynode im Frühjahr 2016 werden in einem
5 eigenen Tagesordnungspunkt auf dieser Synode behandelt.

Dem Thema Kirchenfinanzen in der öffentlichen Diskussion, das uns seit 2010 leider sehr verlässlich in jedem meiner Finanzberichte begleitet hat, habe ich in diesem Jahr keinen eigenen Punkt gewidmet. Wir stellen uns selbstverständlich der öffentlichen Diskussion, wir haben das schon vielfach getan,¹² aber zu diesem Thema ist an dieser Stelle in den
10 letzten Jahren schon das Wichtigste gesagt worden.

Jüngst berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) auf ihrer Titelseite, dass die Kirchen im Geld schwimmen und dass trotz der vielen Kirchenaustritte die Einnahmen in 2014 auf ein Rekordhoch steigen würden.¹³ Richtig ist, dass auch unsere Landeskirche trotz sinkender Mitgliederzahlen derzeit noch Kirchensteuerermehreinnahmen hat, bedingt durch
15 Einkommenszuwächse und Steuerprogression. Allerdings liegen wir mit dieser Steuerentwicklung real immer noch unter dem Niveau von 2004. Gleichzeitig verzeichnen wir durch die Kapitalmarktkrise einen dramatischen Einbruch bei den Zinserträgen. Diese Negativentwicklung setzt unmittelbar den kirchlichen Haushalten zu, sie betrifft aber auch die kirchlichen Versorgungskassen VERKA und ERK. Im Ergebnis helfen uns die derzeitigen
20 Steuerermehreinnahmen, die Mindereinnahmen bei den Zinsen zu kompensieren.

Ich habe bereits in meinem letzten Finanzbericht den Vergleich zu der Bibelgeschichte von den sieben fetten und mageren Jahren hergestellt (1. Mose 41, 1-57). Darin deutet Joseph die Träume des Pharaos: Nach sieben ertragreichen Jahren sagt er für Ägypten sieben Jahre der Dürre voraus. Der Pharaos beauftragt Joseph, in den ertragreichen Jahren Kornhäuser
25 zur Bevorratung zu bauen und Getreide zu sammeln, um Ägypten damit durch die mageren Jahre zu bringen, was ihm gelingt.

Lassen Sie uns in den Jahren, in denen es uns finanziell gut geht und wir uns über Kirchensteuerermehreinnahmen freuen dürfen, mit Augenmaß die notwendige Vorsorge treffen und den Kirchensteuerverwahrer und die Rücklagen anreichern sowie unsere
30 bilanzielle Versorgungslücke abbauen. Wir entlasten damit sowohl zukünftige Generationen als auch künftige Haushalte.

¹² Blick in die Kirche 6/2014 und Flyer EKKW „Die evangelische Kirche und das Geld“ vom März 2014

¹³ FAZ vom 05.10.2014

Im Vertrauen auf die Jahreslosung „Gott nahe zu sein ist mein Glück“ möchte ich Sie dazu ermuntern, den vor uns liegenden beschwerlichen Weg mit Gottes Hilfe zu gehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

5